

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

16.02.2023

Inhalt

EWN

1 Lobby Control „Alles schockierend“: Neue Studie zu Gaslobby und MV <i>SVZ.de (Schweriner Volkszeitung), 15.02.2023</i>	3
2 Japanische Atomkraftwerke sollen länger als 60 Jahre laufen <i>heise.de, 15.02.2023</i>	4

Lobby Control „Alles schockierend“: Neue Studie zu Gaslobby und MV

Die Organisation Lobby Control hat der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern ein vernichtendes Zeugnis für ihre Russland- und Energiepolitik ausgestellt. Zugleich warnte die Organisation gemeinsam mit der Energieökonomin Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) vor neuen Fehlern. „Diese Anzahl von Flüssiggas-Terminals sind überdimensioniert. Vor Rügen sind 38 Milliarden Kubikmeter Gasimport pro Jahr geplant, die da durch diese Terminals kommen sollen. Das ist absoluter Wahnsinn und widerspricht auch wirklich den Energiewende- und Klimazielen“, sagte Kemfert am Mittwoch bei einer Pressekonferenz in Berlin, bei der Lobby Control seine neue Studie „Pipelines in die Politik. Die Macht der Gaslobby in Deutschland“ vorstellte.

Vereine, Sponsoren, Stiftung, Institut

Mecklenburg-Vorpommern und die SPD nehmen dort ein ganz eigenes Kapitel ein. Von Ex-Ministerpräsident Erwin Sellering, seiner Nachfolgerin Manuela Schwesig (beide SPD) über die umstrittene Klimaschutzstiftung MV, das Ostinstitut in Wismar, den Verein „Deutsch-Russische Partnerschaft“, den Russland-Tag, weitere Netzwerken mit russischen Akteuren bis zu Spenden und Sponsoring hat Lobby Control alles zusammengetragen, was bislang unter anderem durch Medienrecherchen über den Komplex bekannt ist.

„Der Einfluss des russischen Staatskonzerns Gazprom und seines Tochterunternehmens Nord Stream 2 AG auf die Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern war immens“, heißt es in der Studie. Die Unternehmen hätten ordentlich Geld in das Bundesland gespült – über fragwürdige Stiftungen, intransparente Vereine und Sponsoring. So heißt es in der Studie beispielsweise über das Ostinstitut: „Das Institut wurde 2009 vom ehemaligen SPD-Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement in Wis-

mar gegründet (...). Dass ein ehemaliger Ministerpräsident aus Nordrhein-Westfalen ein unauffälliges Institut in Wismar gründet und in dessen Vorstand einzieht, erstaunt. Kurz zuvor war Clement bei dem russischen Beratungsunternehmen ‚Energy Consulting‘ in den Aufsichtsrat berufen worden. Ein Zusammenhang zwischen der Vereinsgründung und der Arbeit für das russische Beratungsunternehmen liegt nahe, ist allerdings nicht nachweisbar. Die ‚Energy Consulting Europe GmbH‘, die ihren Sitz in Düsseldorf hatte, existiert nicht mehr, Clement verstarb 2020.“

Den Ausbau erneuerbarer Energien vernachlässigt

Die Landespolitik in Mecklenburg-Vorpommern habe sich zum Sprachrohr der Interessen von Nord Stream 2 gemacht und dem Putin-Regime geholfen, den Bau der Pipeline trotz US-Sanktionen durchzusetzen. Die Landesregierung habe zudem das Framing der Gasindustrie vom erhöhten Gasbedarf in der Klimaschutzpolitik übernommen und den Ausbau erneuerbarer Energien vernachlässigt. „Indem die Landesregierung sich voll und ganz dem russischen Pipeline-Gas als angebliche Lösung für die Klimakrise verschrieben hat, wurden nicht nur Milliardengewinne in Putins Staatskassen gespült – Deutschland wurde gleichzeitig erpressbar gemacht“, so die Autoren in ihrem Fazit.

Kemfert sagt demnächst auch vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu den Vorgängen im Landtag MV aus. Vorab richtete sie schon mal einen Appell an die überregionalen Medien: „Gerade der Untersuchungsausschuss in MV verdient deutlich mehr Aufmerksamkeit. Es ist eben kein Provinzdebakel oder ein Provinztheater, sondern etwas, wo man genauer hingucken muss, was da tatsächlich passiert ist. Das ist wirklich alles, alles schockierend.“

Japanische Atomkraftwerke sollen länger als 60 Jahre laufen

Die japanische Atomaufsichtsbehörde stimmt dem Plan der Regierung zu, Zeiten nicht auf die gesamte Laufzeit anzurechnen, in denen AKW abgeschaltet sind.

Die japanische Atomaufsichtsbehörde hat dem Plan der Regierung zugestimmt, Atomkraftwerke länger als die bisherige maximale Laufzeit von 60 Jahren im Betrieb zu halten. In einer vom japanischen Wirtschaftsministerium erarbeiteten Richtlinie ist dafür vorgesehen, die Zeit, in denen Reaktoren wegen Inspektionen oder aus anderen Gründen nicht am Netz sind, von der Berechnung der gesamten Laufzeit auszunehmen.

Die fünf Kommissare der Atomaufsicht sollen nicht einhellig für den Plan der Regierung gestimmt haben, berichtet die Tageszeitung Yomiuri Shimbun. Ein Kommissar habe gegen den Plan gestimmt, mit dem Argument, dass es keine konkreten Vorschriften gebe für die Laufzeit jenseits der 60 Jahre.

Weiter Ärger um Tritium-Wasser

Pläne der japanischen Regierung, Atomkraftwerke länger als bisher erlaubt laufen zu lassen, wurden im August des vorigen Jahres bekannt. Premierminister Fumio Kishida begründete das Vorhaben mit der weltweiten Krise der Energieversorgung, ausgelöst durch die Invasion Russlands in die Ukraine. Auch sollten

AKW wieder ans Netz gehen, die nach dem Super-GAU des Atomkraftwerks Fukushima Daiichi im März 2011 abgeschaltet wurden, und es sollen neue Atomkraftwerke gebaut werden. Kishidas Vorgänger Yoshihide Suga hatte im November 2020 betont, auch auf dem Weg hin zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 nicht auf neue Atomkraftwerke zu setzen.

Auf dem Gelände des AKW Fukushima lagern zurzeit gut 1,3 Millionen Tonnen mit Tritium belasteten Wassers, die ab dem kommenden Sommer nach und nach verdünnt ins Meer abgeleitet werden sollen, da die Lagerkapazitäten langsam erschöpft sind. Die Internationale Atomsicherheitsbehörde IAEA habe den Plan gebilligt, hieß es im Januar dieses Jahres aus Japan.

Japans Nachbarn Südkorea und China hatten bereits Einwände gegen die Entsorgung des Wassers in den Pazifik angemeldet, nun übt das Pacific Island Forum (PIF) Kritik, ein Verbund von achtzehn Staaten und Gebieten. Dessen Generalsekretär Henry Puna betonte in einem Kommentar für den britischen Guardian, es gebe noch zu viele Unklarheiten über die möglichen Folgen der Einleitung des Tritiums-Wassers.